

**TOP 1**

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des  
Landes NRW für das Haushaltsjahr 2007**

**Rede der  
Vorsitzenden der  
SPD-Landtagsfraktion  
Hannelore Kraft**

**anlässlich  
der Plenarsitzung am 24. Januar 2007**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Anrede,

der Haushalt 2007 beweist: Die Politik der Landesregierung ist keine Politik für die Zukunft. Sie geben auf die Fragen von morgen die Antworten von gestern und von vorgestern.

Herr Ministerpräsident, Politik muss gestalten, nicht nur verwalten. Diesen Anspruch haben die Menschen an uns Politikerinnen und Politiker, diesen Anspruch müssen wir an uns selber haben. Nordrhein-Westfalen muss sozial bleiben. Nordrhein-Westfalen braucht Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft. Das müssen die Leitlinien unseres Handelns sein. Daran muss die Politik der Landesregierung gemessen werden. Ich habe die große Sorge, dass Sie diesem Anspruch nicht gerecht werden.

Mit ihrem Haushaltsentwurf haben Sie kein Zeichen der Erneuerung gesetzt. Ich bleibe dabei: Ihr Haushalt ist

- mutlos, weil in ihm nicht wirklich gespart wird,
- profillos, weil keine politischen Schwerpunkte gesetzt werden und
- verantwortungslos, weil Lasten und Konflikte auf die Kommunen abgeschoben werden.

Sie machen eine Politik der Täuschung und Enttäuschung.

Für uns steht fest: Nordrhein-Westfalen braucht eine andere Politik - und diese andere Politik ist solide finanzierbar. Wir haben während der Beratung des Haushaltes eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt. Dabei haben wir deutlich gemacht, dass

- die zusätzlichen Belastungen der Kommunen vermeidbar sind,
- ein noch stärkerer Abbau der Verschuldung möglich ist und
- für Kinder, Jugend und Bildung mehr getan werden kann.

Darum fordern wir Umschichtung von knapp 715 Millionen Euro:

- Die Belastung der Kommunen durch den Wegfall der Grunderwerbsteuer muss rückgängig gemacht werden. Das bringt den Kommunen 165 Mio. Euro.
- Die Nettokreditermächtigung kann um 250 Mio. Euro stärker abgesenkt werden, als der Finanzminister es vorschlägt - wenn wir alle Steuermehreinnahmen ehrlich im Haushalt verbuchen.
- Für Kinder, Jugend und Bildung kann mehr getan werden. Dafür stehen 300 Mio. Euro zur Verfügung.

Diese Mehrausgaben sind solide finanziert. Wir haben entsprechende Deckungsvorschläge gemacht.

Anrede,

eine Sanierung des Landeshaushaltes darf nicht auf dem Rücken der Kommunen stattfinden. Land und Kommunen sitzen in einem Boot. Unsere Städte und Gemeinden haben eine unverzichtbare Funktion bei der Daseinsvorsorge und in den sozialen Bereichen. Wer sie schwächt, wer sie überfordert, der trifft damit die Bürgerinnen und Bürger des Landes ganz direkt. Dies erleben viele Eltern gerade bei der Erhöhung der Kindergartenbeiträge: Das Land spart, die Kommunen und die Eltern zahlen dafür die Zeche. Die Kürzung des kommunalen Anteils an der Grunderwerbsteuer muss darum zurückgenommen werden. Wir haben das im Ausschuss beantragt, sie haben das abgelehnt.

NRW wird in diesem Jahr zwei Milliarden Steuern mehr einnehmen. Sie unterstellen uns gelegentlich, wir würden ihnen dieses Geld nicht gönnen. Diese Steuern gehören nicht ihnen, sie gehören dem Land. Und wenn das Land höhere Steuern einnimmt, dann freut das jede und jeden hier im Saal. Wir gönnen ihnen die Mehreinnahmen. Aber wir erwarten, dass sie sie sinnvoll einsetzen. Und das tun sie nicht. Sie setzen keine Schwerpunkte, sie sparen an der falschen Stelle, sie machen keine Haushaltspolitik für die Zukunft.

Ich fordere sie heute noch einmal auf, von den 2 Milliarden Euro mehr Steuern 20 Millionen Euro, also gerade einmal ein Prozent, in die Hand zu nehmen und in die Zukunft unserer Kinder zu investieren. Diese 20 Millionen braucht es, um den Landesjugendplan auf die zugesagte Höhe anzuheben. Alle Fraktionen haben das vor der Wahl den Kindern und Jugendlichen im Land versprochen. Wir haben die Anhebung im Ausschuss beantragt, sie haben sie abgelehnt.

Wir haben außerdem Einsparungen und Umschichtungen im Landeshaushalt zugunsten von Kindern und Bildung vorgeschlagen. Dadurch könnte das letzte Kindergartenjahr verpflichtend und damit beitragsfrei werden. Das ist notwendig, um den Bildungsauftrag des Kindergartens zu stärken. Wir müssen das unverzüglich tun, um wirklich alle Kinder mit unseren Angeboten zu erreichen. Auch und gerade diejenigen, die vor der Schule besonderen Förderbedarf haben - insbesondere bei der Sprache. Auch dies haben wir beantragt, auch dies haben sie abgelehnt.

Sie, Herr Ministerpräsident, hatten das Jahr 2006 zum Jahr des Kindes ausgerufen. Die Erwartungen, die Sie damit geweckt haben, waren groß. Umso größer war die

Enttäuschung über ihre Sparpolitik gerade bei den Kindern. Wir wissen doch alle: Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Wir müssen unser Land kinderfreundlicher machen, damit junge Menschen sich für Kinder und Familie entscheiden. Wir müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichern, damit diese beiden Lebensentwürfe sich nicht ausschließen, sondern ergänzen.

Aktuelle Untersuchungen beweisen: die Länder in Europa, in denen die Frauenberufstätigkeit am höchsten ist, sind auch die Länder mit der höchsten Geburtenrate.

Die SPD hat diese Situation erkannt. Wir haben auf unserer Klausur in Bremen zu Beginn des Jahres daraus die Konsequenz gezogen. Bis zum Jahr 2010 soll ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem 1. Geburtstag geschaffen werden. Und zwar für ganztägige Betreuung! Und schrittweise - beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr - soll die Betreuung von Kindern für die Eltern kostenfrei werden. Diese Beschlüsse sind richtungsweisend. Für die Familienpolitik in Deutschland, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeutet das einen Quantensprung. Damit wird Bildung früher möglich und ein Bildungsplan für jedes Kind, der individuell abgestimmte Fördermaßnahmen schon im Kindergarten festschreibt.

Das ist kein Fernziel, das muss sofort in Angriff genommen werden. Für NRW heißt das in erster Linie: wir müssen uns verstärkt um die Betreuung der Unterdreijährigen kümmern. Hier muss das Angebot kontinuierlich Jahr für Jahr ausgeweitet werden. Wir haben das beantragt, sie haben das abgelehnt.

Gleichzeitig verlangen sie von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit. Berufstätige Mütter sollen nach ihrer Vorstellung im Einzelhandel auch noch mitten in der Nacht arbeiten. Dem Fetisch einer 24-stündigen Ladenöffnungszeit wurde das Interesse der Beschäftigten geopfert. Die Auswirkungen auf die Familien haben sie in Kauf genommen. Wir sind froh, dass ihr Ladenöffnungsgesetz im Großen und Ganzen ein Flop ist. Nur bestimmte Läden haben davon im Dezember überhaupt Gebrauch gemacht. Jetzt im Januar ist dort die Ladenöffnungszeit vielfach schon auf 21 Uhr zurückgenommen worden, im Februar wird in den meisten Fällen wieder 20 Uhr gelten. Aber die Unsicherheit für die Familien bleibt. Sie müssen damit rechnen, dass zu bestimmten Zeiten im Jahr die Arbeitszeit weit ausgedehnt wird. Und das, ohne dass sie Anstrengungen unternehmen, eine Betreuung anzubieten.

Anrede,

dass ihr Familienbild von gestern ist, zeigt sich auch bei ihren Plänen für die Novellierung des Gesetzes über die Kindertagesstätten. Sie planen offensichtlich eine Veränderung der Finanzierungsregeln, die darauf hinausläuft, die klassische Kindergartengruppe zwischen 8 und 13 Uhr zu stärken. Ganztagsangebote, flexible Angebote für Berufstätige und Alleinerziehende werden dagegen für die Träger unattraktiv und teuer. Die Eltern werden dafür mit deutlich höheren Gebühren bezahlen müssen. So werden sie die Ganztagsbetreuung im Kindergartenalter zu einem Privileg der Besserverdienenden machen. Das ist Familienpolitik von vorgestern.

Das neue GTK, so wie sie es planen, wird trotz höherer Elternbeiträge auch einen höheren Landeszuschuss benötigen. Das hat Herr Kollege Lindner dankenswerterweise sehr deutlich gemacht. Er spricht von 950 Mio. Euro für 2008.

Anrede,

sie erheben den Anspruch, dieses Land zu erneuern. Leider werden sie diesem Anspruch nicht gerecht. Sie verändern dieses Land - das ist unbestritten. Aber allzu oft ist es eine Veränderung zum Schlechten. Beispiel Schulgesetz: Bei der Entscheidung über die weitere Schullaufbahn wird den Eltern im Konfliktfall die Freiheit der Schulwahl genommen. In diesen Tagen haben die Eltern aller Viertklässler die Nachricht bekommen, ob ihr Kind der Haupt- oder Realschule oder dem Gymnasium zugeordnet wird.

"Ich kann nachts nicht mehr so gut schlafen." Das hat die neunjährige Nina nach einem Bericht des Kölner Stadt-Anzeiger gesagt. Dabei ging es um ihren Wechsel auf eine weiterführende Schule. Wenn dieses Schulgesetz dazu führt, dass Neunjährige sagen "Ich kann nachts nicht mehr so gut schlafen", dann sage ich ganz klar: Dieses Schulgesetz ist falsch!

Die Kinder, die sie heute auf die Hauptschule oder die Realschule verweisen, werden dort erleben, dass der Übergang zum Gymnasium zukünftig versperrt ist. Das liegt daran, wie sie das Abitur nach 12 Schuljahren ausgestaltet haben. Die Schullaufbahnen von Haupt- und Realschule passen nicht mehr zu der des Gymnasiums. Statt das System durchlässig zu machen, errichten sie neue hohe Hürden. Ihre Bildungspolitik weist den Weg zurück in die 50er-Jahre. Sie geben die Antworten von vorgestern.

Unsere Schulen müssen dieser Anforderung gerecht werden. Sie müssen die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, alle ihre Fähigkeiten einzubringen und zu nutzen. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass die soziale Herkunft bestimmt, welche Entwicklungsmöglichkeiten Kinder in unserem Land haben. Niemand von uns

darf das zulassen. Ich betone das so, weil dieses Ziel nicht erreicht ist. Diese Feststellung beziehe ich ausdrücklich auch auf unserer Regierungszeit.

Wir haben dieses Ziel immer verfolgt. Über viele Jahre ist es auch gelungen, dabei voranzukommen. Während der Regierungsverantwortung der SPD ist der Anteil von Arbeiterkindern an den Abiturienten und den Studenten kontinuierlich gestiegen. Auch andere Benachteiligungen haben wir abbauen können. Wir haben vieles geändert - gegen viele Widerstände! Manche, die heute die soziale Selektion beklagen, haben uns damals erklärt, die Begabungen seien in der Gesellschaft eben unterschiedlich verteilt und wir sollten aufhören, Gleichmacherei zu betreiben. Aber das ändert nichts daran: wir haben auf die gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre und die neuen Problemlagen nicht rechtzeitig genug reagiert. Und wir haben nicht konsequent genug reagiert. Das war ein Fehler. Dafür übernehmen wir Sozialdemokraten unseren Teil der Verantwortung.

Gerade weil das so ist, engagieren wir uns in dieser Frage heute umso konsequenter. Wir werden nicht locker lassen, hier zu einer Verbesserung der Situation zu kommen. Und wir laden alle anderen Fraktionen hier im Landtag ein, mit uns in einen Wettstreit der Konzepte einzutreten. Wir haben doch alle die gleichen Ziele: wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler gefordert und gefördert werden, so gut das geht. Und wir sind uns auch einig in der Analyse, welche Probleme es auf diesem Weg gibt.

Wir müssen leider feststellen, dass sie mit dem Schulgesetz auf die Probleme von heute mit den Konzepten von gestern reagieren. Sie dürfen das Thema nicht kurzerhand für tabu erklären und mit den alten Schulkämpfen drohen. Wir müssen alle gemeinsam neue Antworten auf die neuen Probleme finden. Das müssen wir aus den vergangenen Jahren lernen. Keiner darf sich in den schulpolitischen Schützengräben festsetzen. Denkblockaden, Denkverbote können wir uns auf diesem Feld nicht leisten. Ideologie darf nicht das Handeln bestimmen. Darum wäre es fatal, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, sich jeder Diskussion über grundlegende Veränderungen verweigern.

Für uns ist klar: das zentrale Problem, das zwangsläufig zu sozialer Selektion führt, ist die frühe Trennung der Bildungsgänge. Dagegen hilft nur eins: länger gemeinsam lernen. Das sagt uns die Wissenschaft, das beweist der Blick ins Ausland, zu den bei PISA erfolgreichen Ländern. Wir haben uns entschieden, diesen Weg zu gehen. Wir setzen auf die Gemeinschaftsschule, in der das fünfte und sechste Schuljahr zusammenbleibt. Danach sollen Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen angeboten werden können, aber auch integrierte Modelle.

Das ist auch die richtige Antwort auf die Probleme, die durch den Rückgang der Schülerzahlen besonders auf dem flachen Land hervorgerufen werden. Das Landesamt für Datenschutz und Statistik hat einen überaus dramatischen Rückgang der Schülerzahlen an den Hauptschulen festgestellt. Gerade in kleinen Kommunen führt das zu größten Problemen, 50 von ihnen haben nur noch eine Hauptschule. Um ihre wohnortnahen Schulstandorte zu erhalten, wollen die CDU-Bürgermeister von Horstmar und Schöppingen jetzt einen Modellversuch einleiten, der sich an den Vorstellungen der NRWSPD orientiert. Das ist ideologiefreie, sachorientierte Politik.

Sie machen den Fehler, dass sie Bildung auf Schule verengen. Bildung beginnt weit vorher. Und sie endet in einer Gesellschaft des lebensbegleitenden Lernens praktisch nie. Vom Kindergarten über die Schule, Ausbildung und Studium sowie Fortbildung und Weiterbildung müssen wir ein offenes Bildungsangebot garantieren. Wir müssen allen Kindern alle Chancen geben. Es geht um zweierlei: Um das Recht jedes Menschen auf gleichberechtigten Zugang zu Bildung. Und darum, dass die Gesellschaft es schafft, alle Potenziale und alle Fähigkeiten abzurufen, die die jungen Menschen mitbringen. Wenn wir dabei scheitern, dann können wir im internationalen Wettbewerb nicht bestehen. Darum ist es auch völlig falsch, dass sie an der Weiterbildung sparen.

Anrede,

zu einer zukunftsgerichteten Politik gehört auch eine verantwortungsvolle Energiepolitik. Wir Sozialdemokraten setzen weiter auf heimische Energieträger: Braunkohle, Steinkohle und erneuerbare Energien. Wir haben als Rot-Grün schon vor Jahren eine ökologische Industriepolitik eingeleitet.

Nur wenige Worte zur Kohle: Die Position der SPD zur Zukunft der Steinkohle hat sich auch seit dem Wochenende nicht verändert. Dabei haben wir die deutliche Mehrheit der Menschen auf unserer Seite! Nach der jüngsten Umfrage des WDR lehnen 67 Prozent der Menschen einen Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau ab, wie ihn CDU, FDP und Grüne planen.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: RAG-Börsengang und Steinkohle-Sockel passen gut zusammen. Beides ist gut für NRW. Aber auch die Alternativen sind völlig klar: Die CDU hat auf ihrem Parteitag in Dresden den Ausstieg bis spätestens 2015 beschlossen. Und die FDP will schon bis 2010 alle Zechen schließen. Beides bedeutet Massenentlassungen. Und die jüngsten Äußerungen des Kollegen Stahl, er poche auf einen Ausstieg ohne Revisionsklausel, muss jedem die Augen öffnen: Die schwarz-gelbe Regierung ist kein verlässlicher Verhandlungspartner.

Anrede,

der Orkan Kyrill hat es uns mit seiner ganzen zerstörerischen Wucht noch einmal vor Augen geführt: Eine konsequente Energie- und Klimaschutzpolitik ist eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft. Entscheidend ist, dass wir den Anteil der regenerativen Energien deutlich steigern und zugleich den Energieverbrauch durch neue Techniken und sparsameres Verhalten spürbar senken. Beide Ziele hat die frühere Landesregierung von SPD und Grünen in den vergangenen Jahren mit Nachdruck verfolgt.

Den Vorsprung, den sich NRW hier im deutschen und internationalen Vergleich erarbeitet hatte, verspielt Schwarz-Gelb jedoch wieder.

Bei der Landesinitiative Zukunftsenergien wird das Programm "Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen" - kurz REN genannt - am 30. Januar 2006 als "herausragendes Förderprogramm" bezeichnet, mit dem das Land "entscheidende Impulse für den Strukturwandel, besonders für neue Arbeitsplätze" setze. Und auf den heutigen Internetseiten der Bezirksregierung Arnsberg heißt es unter der Überschrift: "17 Jahre REN-Programm in NRW - die Erfolgsstory!" weiter: "Nordrhein-Westfalen will beim Einsatz der regenerativen Energien in Deutschland führend werden. Das Engagement der Landesregierung spiegelt sich deshalb auch in der Höhe der Haushaltsmittel für das REN-Programm wieder." Wie wahr, wie wahr, kann man da nur sagen: Diese Landesregierung hat das REN-Programm in 2006 um 15 und in diesem Jahr um weitere 43,5 Prozent zusammengestrichen. Keine Knete, kein Engagement - wo der Arnsberger Regierungspräsident recht hat, da hat er recht.

Nicht besser ist es bei der Förderung der Energie- und Umweltforschung. Energieforschung sei ein "zentraler Schwerpunkt" feiert sich Wissenschaftsminister Pinkwart auf seiner Ministeriums-Homepage. So sind die Zeiten schnell Vergangenheit, Herr Pinkwart, in denen 20 Prozent der Standorte zur Energieforschung in NRW angesiedelt waren - so viel wie in keinem anderen Bundesland - wie es ebenfalls bei Ihnen im Internet heißt. Nur beim Geld folgt eine Kürzungswelle der nächsten. Und der groß angekündigte Aktionsplan Biomasse von Landwirtschaftsminister Uhlenberg war noch nicht mal heiße Luft.

So verspielt die Landesregierung Zukunft. Erneuerbare Energien sind Zukunft. Doch die Landesregierung koppelt sich von dieser Wachstumsbranche lieber ab. Welch verhängnisvoller Irrtum das ist, belegt die aktuelle Ausgabe der Wirtschaftswoche. In der Titelgeschichte heißt es: "Die Umwelttechnik mausert sich zur Wachstumsindustrie

des 21. Jahrhunderts." Und das Wirtschaftsmagazin bescheinigt Deutschland die "Stärkste Umweltindustrie der Welt. Und die steht vor gigantischen Exportchancen." In 15 Jahren werde die Umweltindustrie die Automobilwirtschaft als deutsche Leitindustrie abgelöst haben. Und auch das heute von Kanzlerin Merkel eröffnete Weltwirtschaftsforum in Davos hat den Klimawandel als Schwerpunkt.

Anrede,

wir werden uns ja im Laufe der kommenden Plenartage noch eingehend mit den Folgen von Kyrill beschäftigen und welche politischen Schritte sich daraus ergeben. Ich möchte aber schon heute die Gelegenheit nutzen, den vielen Helferinnen und Helfern zu danken, die während des Orkans und anschließend unermüdlich im Einsatz waren und sind. Mein Dank gilt natürlich Polizei, Feuerwehr, dem THW, den Hilfsdiensten. Aber auch den Waldarbeitern und Forstbediensteten, die nach Kyrill rund um die Uhr damit beschäftigt sind, die erschreckend hohen Schäden zu beseitigen und den massiv betroffenen Waldbauern zu helfen.

Hier zeigt sich wieder einmal in der Not, welchen ungeheuer hohen Stellenwert ehrenamtliches Engagement für eine Gesellschaft hat. Bei uns in NRW ist Ehrenamt lebendig. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, wenn Bundesfinanzminister Steinbrück bürgerschaftliches Engagement über Steuererleichterungen mit immerhin 400 Millionen Euro belohnen will. Die Union im Bund sollte ihre Kritik daran zurücknehmen. Es ist ein kleiner Ausgleich für den freiwilligen Dienst ohne Lohn, den Tausende von Bürgerinnen und Bürgern an ihrer Gesellschaft leisten.

Anrede,

wir müssen die Zukunft der Kommunen und ihre Leistungsfähigkeit auf Dauer sichern. Stattdessen belasten sie sie durch drastische Kürzungen und wälzen auch noch Aufgaben auf sie ab. Ich will die Folgen des Landeshaushaltes 2007 einmal am Beispiel der Städte Köln und Dortmund darstellen: Die Stadt Dortmund erhält in diesem Jahr aufgrund ihrer Kürzungen 36,3 Mio. Euro weniger vom Land. Wenn sie das vergleichen mit den Ausgaben für Kinder in Tagesbetreuung - die betragen dort ca. 96 Mio. Euro -, dann ist das eine dramatisch hohe Zahl. In Dortmund könnten ein Drittel mehr Plätze für Tagesbetreuung angeboten werden, wenn sie dieses Geld der Stadt nicht gestrichen hätten. Die Stadt Köln hat für 2007 einen Einnahmeausfall in Höhe von 12 Mio. Euro errechnet. 2006 waren es bereits 5,6 Mio. Euro gewesen. Dazu kommt der Ausfall bei der Krankenhausumlage. Wie soll die Stadt diesen Ausfall nach ihrer Vorstellung kompensieren? Höhere Verschuldung, höhere Gebühren, schlechtere

Leistungen für die Bürger werden in jedem Fall die Folge sein. Die Bürgerinnen und Bürger sind die Leidtragenden.

Und sie setzen noch einen drauf: Sie legen die Axt an die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen. Mit der Änderung des Paragraf 107 der Gemeindeordnung, wie er jetzt in der Koalition verabredet ist, verbieten sie den Kommunen die wirtschaftliche Betätigung in wesentlichen Aufgabenfeldern. Die versprochene Bestandsschutzklausel soll das nur verschleiern. Aus einem plötzlichen Tod machen sie so einen Tod auf Raten. Das Ergebnis bleibt das gleiche. Man spürt: Sie handeln aus ideologischer Verblendung heraus und ohne jede selbstkritische Überprüfung. Das Credo "Privat vor Staat" ist ihre oberste Handlungsmaxime. Gewinne sollen privatisiert, Verluste sozialisiert werden. Das ist neoliberale Politik von vorgestern!

Genauso falsch sind die Pläne, das Sparkassenrecht zu ändern. Unsere Position ist auch da klar. Aber auch ein sicherlich unverdächtig Zeuge warnt vor den Folgen einer solchen Gesetzesänderung: Der Stadtrat von Straelen, immerhin regiert von einer 2/3-Mehrheit der CDU, hält größte Vorsicht für nötig, damit Großbanken oder Finanzkonzernen kein Einfallstor geöffnet wird. Herr Finanzminister, wie weit ist eigentlich der Weg von Issum nach Straelen? Laut Routenplaner im Internet sind es doch nur 18,6 km. Reden Sie doch einmal mit Ihren Freunden dort!

Anrede,

die Wirtschaftspolitik des Landes soll dazu dienen, den Wirtschaftsstandort voranzubringen und damit Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Sie haben es selbst gerade verkündet: In den vergangenen 40 Jahren sind zwar 2,2 Mio. Stellen verloren gegangen, aber es sind 3,4 Mio. neue Stellen entstanden. In vierzig Jahren hat NRW also 1,2 Mio. Stellen zugelegt. Das ist in der Regierungszeit der SPD erreicht worden!

Alles dies zeigt: Es ist auch in der Wirtschaft in unserem Land mehr erreicht worden, als sie das lange Zeit wahr haben wollten. Das gilt auch für die Gebiete mit besonderen strukturellen Problemen. Der Strukturwandel gerade im Ruhrgebiet kommt weiter voran - das ist ein gutes Signal. Und es ist eine Bestätigung für die Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren. Aber wir haben immer noch viel zu viele Arbeitslose. Darum darf man nicht zu früh mit den Anstrengungen nachlassen. Es ist bar jeder Sachkenntnis, wenn sie, Frau Wirtschaftsministerin, jetzt verkünden, der Strukturwandel stehe praktisch vor dem Abschluss. Erstmal gilt: Strukturwandel ist niemals beendet - er geht immer weiter. Und zum anderen: trotz der besseren Wachstumsraten in den vergangenen Jahren bestehen die strukturellen Probleme weiterhin. Insbesondere die strukturell bedingte Arbeitslosigkeit besteht weiter - auf

viel zu hohem Niveau. *(Die Langzeitarbeitslosigkeit ist im vergangenen Jahr bundesweit um - 0,1 Prozent zurückgegangen; in NRW um 4,9 Prozent gestiegen. NRW ist bundesweit das Flächenland mit der höchsten Langzeitarbeitslosigkeit [43,8 %] - nur Stadtstaaten Bremen und Hamburg schlechter)* Darum muss der Prozess der strukturellen Anpassung unvermindert weiter geführt werden.

Genau das tun sie aber nicht. Sie werfen zwar uns vor, wir hätten die Fördermittel mit der Gießkanne über das Land verteilt. Aber sie gehen hin und weiten das Fördergebiet aus - auf das gesamte Land. Wie passt das zusammen? Die EU-Fördermittel sollen dazu dienen, besondere Strukturprobleme in einzelnen Regionen anzugehen und auch die besonders hohe Arbeitslosigkeit in diesen Regionen zu bekämpfen. Wie können diese Gelder ziel- und zweckgerichtet verwendet werden, wenn sie sie über das ganze Land ausgießen? Sie wollen umverteilen - zu Lasten der strukturschwachen Gebiete, zu Lasten des Ruhrgebietes.

Anrede,

was hat das Land, was haben seine Bürger im Jahr 2007 von der Landesregierung zu erwarten? Wir hatten uns Aufschluss darüber erhofft durch ihre Kabinettklausur in der vergangenen Woche. Wenn dort allerdings nicht mehr besprochen worden ist als hinterher der Presse vorgestellt wurde, dann wird es ein mageres Jahr werden.

Sie wollen die Gemeindeordnung verändern, das haben sie gestern noch einmal beschlossen. Zur Änderung des Paragraf 107 GO habe ich schon etwas gesagt. Dann wollen sie noch die Wahl der Räte und die der Oberbürgermeister und Bürgermeister entkoppeln. Darüber werden wir hier noch diskutieren. Als völlig indiskutabel empfinde ich ihre Entscheidung, die Stichwahl bei den Bürgermeisterwahlen abzuschaffen. Das wird zu amerikanischen Verhältnissen führen. Dann wird ein Bürgermeister für sechs Jahre gewählt mit den Stimmen von weniger als 20 Prozent der Wahlberechtigten. Für mich ist das, was sie da planen, schlicht undemokratisch. Sie werden damit zur Politikverdrossenheit der Menschen beitragen und noch weiter sinkenden Wahlbeteiligungen.

Dann steht die Änderung des RVR-Gesetzes an: Sie wollen den Vorstand des RVR abschaffen, wollen die frei gewählten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister und die Landräte daraus verdrängen. Das ist reine Parteipolitik: Weil die Menschen im Ruhrgebiet nicht so gewählt haben, Herr Ministerpräsident, wie sich Ihre Parteifreunde vor Ort das vorgestellt hatten, wollen Sie das Gesetz ändern, obwohl Sie es selbst mit uns gemeinsam vor gut zwei Jahren beschlossen haben. Frei

nach dem Motto: Wenn das Wahlvolk nicht so wählt, wie es der Regierungsmehrheit passt, umso schlechter für das Wahlvolk.

Anrede,

Sie wollen das Landespersonalvertretungsgesetz verändern. Es ist angeblich hinderlich beim Personalabbau. Ich sage ihnen: so wie Sie das mit dem Gesetzentwurf tun, kann man mit Menschen, kann man mit Mitarbeitern nicht umgehen! Herr Ministerpräsident, ihr Parteifreund Zylajew hat die Personalräte der Ministerien und Behörden in NRW in einen Zusammenhang gestellt mit dem Skandal bei VW. Ihr eigener Personalrat in der Staatskanzlei hat Sie gebeten, dazu ein klärendes Wort zu sprechen. Hier und heute haben Sie Gelegenheit dazu.

Ihre Parteifreunde von der CDA - Vorsitzender ist der Arbeitsminister in Ihrem Kabinett - bescheinigen Ihnen in einem Brief an Sie bezogen auf die Begründungen für Ihr Gesetz: "Die dort genannten Beispiele sind schlichtweg getürkt" und "können alle bei intelligenter und richtiger Anwendung des Gesetzes ad absurdum geführt werden". Hören Sie bitte auf diese Stimmen aus Ihren eigenen Reihen. Wir sehen, welche tiefe Verbitterung bei den Beschäftigten des Landes entstanden ist. Die Hauptpersonalräte sprechen von Politik nach Gutsherrenart, mit der wichtige Schutzrechte geschleift werden sollen. Es droht die Gefahr, dass Motivation und Leistungsbereitschaft Schaden nehmen. Veränderungen, vor allem solch grundlegende Veränderungen, wie Sie sie planen, muss man immer mit den Betroffenen gemeinsam angehen. Gegen die Menschen kann man das nicht umsetzen.

Allerdings ist zu befürchten, dass ihre Koalition genau das tun will. Herr Kollege Papke, demonstrieren ist ein Grundrecht. Kritikfähigkeit, auch gegenüber dem eigenen Arbeitgeber, gehört heute zu den Sozialkompetenzen, die wir von Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung verlangen. Die Fähigkeit des Arbeitgebers, Kritik anzunehmen, gehört übrigens auch dazu. Die muss auch das Land zeigen. Sie haben stattdessen angesichts der Kritik von demonstrierenden Finanzbeamten beim Neujahrsempfang der FDP gesagt: "Endlich haben wir mal eine richtige Demonstration. Ich hatte schon Sorge, dass wir mit unserer Reformpolitik nicht konsequent genug sind." Das ist arrogant und das ist unverschämt. Es ist ein Verhalten, mit dem Sie uns allen schaden, weil Sie die Kolleginnen und Kollegen in eine Fundamentalopposition gegen jede Reform des öffentlichen Dienstes drängen.

Mit solch schnellen Sprüchen kommen sie auch bei der Privatisierungspolitik des Landes. Dass Sie mit den Ängsten von 300.000 Mietern spielen, scheint Sie nicht zu stören. Der Ministerpräsident hatte gerade verkündet, LEG- und WestLB-Privatisierung

kämen frühestens 2008, da musste Kollege Papke schon wieder einen drauflegen. Er fordert nassforsch, dass in diesem Jahr verkauft werden muss. Was für eine Strategie steckt dahinter? Weg mit Schaden? Hauptsache privat?

Oder treibt Sie die Sorge um Herrn Minister Pinkwart um? Er steht da als Kaiser ohne Kleider, pardon, als Minister ohne Geld. Der im Koalitionsvertrag groß angekündigte Innovationsfonds existiert weiter nur virtuell. Real ist er nicht vorhanden. Der Ministerpräsident will Teile der Privatisierungserlöse hinein geben, kann allerdings nicht sagen, wann das erste Geld fließen wird. Er lässt Herrn Minister Pinkwart auf dem Trockenen sitzen. Wofür brauchen wir einen Innovationsminister, wenn er nichts bewegen kann, wenn es keine Innovationspolitik gibt? Ist ihr Ziel quasi ein ABM-Programm für Minister Pinkwart, Herr Papke?

Schließlich warten wir alle noch gespannt auf die Bundesratsinitiative zum ALG I. Herr Ministerpräsident, diesen Punkt können Sie in Ihrer Pressekonferenz doch nur versehentlich weggelassen haben? Herr Kollege Laumann hat ja jetzt endlich - nach der Beerdigung 3. Klasse durch Frau Merkel und Herrn Kauder - die Zahlen vorgelegt. Die zeigen eindrucksvoll, wer für diese Pläne bezahlen muss: Frauen, junge Familien, ältere Menschen, die schon einmal arbeitslos waren. Damit haben Sie ja nun die Voraussetzung für einen Gesetzentwurf für den Bundesrat, den Sie alle immer wieder angekündigt haben: Herr Kollege Lindner, Herr Kollege Stahl, Herr Minister Laumann und sie selbst natürlich auch.

Oder gibt es Probleme mit dem Preis, den die FDP dafür verlangt? Herr Kollege Lindner hat ja genau gesagt, was bezahlt werden muss: An das ALG I geht er nur, wenn der Kündigungsschutz und die Tarifautonomie gleich mit erledigt werden. Aber auch da kommt Hilfe von der CDA, von Herrn Laumann. Er will jetzt auch weniger Schutz gegen Kündigungen, nachzulesen in der Welt am Sonntag diese Woche. Arbeitgeber sollen höhere Beiträge in die Arbeitslosenversicherung zahlen. Damit erwerben sie den Freifahrchein, ihre Mitarbeiter quasi nach Belieben entlassen zu können. Die bekommen dann eine relativ hohe Unterstützung, müssen aber dafür jeden Job annehmen, den man ihnen anbietet. Von der sozialen Sicherheit, die doch dringend gebraucht wird, damit sich junge Menschen für Kinder und Familie entscheiden, bleibt wenig übrig. Ist der Preis hoch genug, Kollege Lindner, den die CDU da zahlen will?

Oder ist der Preis am Ende doch zu hoch für die CDU? Sie werden sonst erleben, dass es noch mehr Fälle gibt wie den des Ratsherrn Walter Weber aus Lindlar. Der hat ihrer Partei nach 20 Jahren Ratsmitgliedschaft zu Weihnachten den Rücken gekehrt. So heißt es im Kölner Stadt-Anzeiger vom 22.12.2006: "Als besonders schlimm empfinde er die

Landespolitik unter Jürgen Rüttgers, die von gebrochenen Wahlversprechen und Lügen nur so gespickt sei. Man sehnt sich ja fast wieder nach Rot-Grün".

Anrede,

Wir stehen gemeinsam vor großen Herausforderungen. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die auf Innovationen setzt statt Stillstand zu verwalten. Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die neue Beschäftigung schafft statt Alimentierung zu verlängern. Wir brauchen eine moderne Bildungspolitik, die Chancen schafft statt neue Hürden aufzubauen. Wir brauchen eine Familienpolitik, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich sicherstellt, statt Frauen zu benachteiligen. Wir brauchen eine konsequente Klimaschutzpolitik, mit der wir weiter vorne dabei sind statt den Anschluss zu verlieren. Wir brauchen eine Energiepolitik, die uns möglichst unabhängig von Importen macht statt neue Abhängigkeiten zu schaffen.

Wir müssen bereit sein, neu zu denken. Wir müssen die Herausforderungen annehmen und darum ringen, sie zu gestalten. Politik muss gestalten, sie darf nicht nur verwalten.

Nordrhein-Westfalen braucht neue Antworten auf die Fragen der Zukunft. Mit den Antworten von gestern und den Konzepten von vorgestern werden wir diese Herausforderungen nicht meistern können.

Herr Ministerpräsident, gestalten Sie endlich die Zukunft. Sonst werden Ihre Regierungsjahre verlorene Jahre für Nordrhein-Westfalen sein.

Glückauf!